

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 37 – Dem Parlament müssen Hintergrundpapiere zur Verfügung gestellt werden

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen,

Robert Habeck:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 410.10 / 08.07.2010

Damit die Opposition sich konstruktiv verhalten kann, braucht sie eine konstruktive Regierung

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

um entscheiden zu können, brauchen wir Entscheidungsgrundlagen. Um Verantwortung zu übernehmen, brauchen wir Informationen. Und damit die Opposition sich konstruktiv verhalten kann, braucht sie eine konstruktive Regierung.

Wir beantragen mit diesem Punkt die Übermittlung all der Informationen der Regierung, die im Zuge der Beratungen der Haushaltsstrukturkommission an Dritte, an Nicht-Regierungsmitglieder gegangen sind.

Wie wichtig dies ist, das lässt sich an den Entwicklungen der letzten beiden Tagen gut ablesen. Da stand gestern in den Lübecker Nachrichten, dass der Plan zum Medizin-Abbau in der CAU Kiel entwickelt wurde. Wer hat welche Papiere geschrieben? Wo kommen sie her? Wer ist eigentlich für was verantwortlich? Die Haushaltsstrukturkommission wird zur Nebelbank der Regierung, ihre Entscheidungen undurchsichtig, ihre Beschlüsse verschwommen. Und deshalb müssen wir Licht und Transparenz zurückbringen.

Oder heute, es heißt, der Bund wolle über eine Finanzspritze an Geomar den Landeshaushalt entlasten, so dass die Uni Lübeck weiter bestehen könne. Aber ist das so? Was ist denn das Einsparziel in Lübeck? 26 Mio., 50 Mio., 70 Mio. Euro? Keiner kann es überprüfen, ob das wirklich eine Kompensation ist, ob das Geld reicht. Davon abgesehen, dass ich es gern einmal Schwarz auf Weiß hätte und nicht nur das wolkige „aus

Kieler Koalitionskreisen heißt es...“. Nachdem die 100 Mio. Euro fehlen, nach der Debatte heute morgen, glaube ich Ihrer Ankündigungspolitik kein Wort mehr. Sie haben zu oft falsch gespielt.

Ich teile dieses Misstrauen offenbar auch mit den Fraktionen von CDU und FDP. Denn während es noch in der letzte Debatte von den Parade-ParlamentarierInnen, die Mitglieder in der Kommission waren, hieß, dass wir uns auf den Kopf stellen könnten oder einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen müssten, um die Unterlagen zu bekommen, und ich noch Anfang der Woche Post aus der Staatskanzlei erhalten habe, in der genau das, was sie jetzt fordern, verweigert wird, liegt jetzt ein Antrag der Fraktionen vor. Gut, dass Sie sich gegen Ihre Fraktionschefs durchgesetzt haben.

Alein Ihr Antrag springt zu kurz. Nur die „für die Entscheidung ... maßgeblichen“ Unterlagen zu fordern, heißt, nichts zu fordern.

Denn das bedeutet ja, nur die Papiere haben zu wollen, deren Resultat wir sehen. Wir müssen aber die Alternativen kennen, wir müssen die verworfenen oder kritisierten Punkte kennen, sonst ist all das Gerede vom Baukastensystem - nur wer etwas anderes vorschlagen würde, dürfe etwas kritisieren - eine Farce.

Meine Damen und Herren,

Gemäß Art 23 Abs. 2 Landesverfassung kann man Akteneinsicht beantragen. Gemäß Abs. 3 kann die Landesregierung diese Akteneinsicht zurückweisen, wenn „das Bekanntwerden des Inhalts ... Staatsgeheimnisse oder ... die Funktionsfähigkeit oder die Eigenverantwortung der Landesregierung beeinträchtigt werden.“ Das ist der zweite Punkt, in dem Ihr Antrag zu kurz springt. Zwar werden die Unterlagen wie Staatsgeheimnisse gehütet, aber was auch immer da drin steht, die Funktionsfähigkeit oder die Eigenverantwortung der Landesregierung kann davon nicht betroffen sein, da sie ja die Papiere an Nicht-Regierungsmitglieder wie den Landesrechnungshof weitergegeben hat.

In dem Schreiben der Staatskanzlei an mich steht „dass die Haushaltsstrukturkommission kein Gremium der Landesregierung ist“. Das ist die Aussage, hinter die sie nicht zurückkommen.

Jetzt auf Bürokratie zu verweisen und alles auf die formale Schiene zu schieben, ist genau nicht das, was notwendig ist. Wir müssen das politisch und nicht administrativ lösen, es ist eben keine typische Oppositions-Angelegenheit, noch nicht mal eine Parlamentsangelegenheit, es ist eine Angelegenheit, die die Bevölkerung betrifft. Sie muss wissen, dass der Weg, den wir stellvertretend suchen, der richtige ist. Deshalb sollten wir uns als StellvertreterInnen der Bevölkerung verstehen und für sie, für das Mandat, das die Menschen uns verliehen haben, darauf bestehen, dass das Parlament alle Informationen bekommt, die es für seine Entscheidungen braucht.
